Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gen. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 6gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 242. — 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck Dresden 2640 Freitag, den 15. Oktober 1926

Jugend in Gefahr.

In der Berliner Polizeiausstellung befindet sich eine Abteilung der „politischen Polizei", die außerordentlich interessantes Material über alle Mittel des politischen Kampfes enthält; dieser Kampf wird ja heutzutage nicht nur mit Wort und Bild und Schrift geführt, sondern allzuoft mit „schlagenden" Gründen oder gar mit Schießwaffen. Man sieht in jener Abteilung also allerhand Waffen im Kampf dieser Art ausgestellt — das schlimmste dabei ist aber, daß sie in der Hauptsache Jugendlichen abgenommen sind — schwere Stöcke mit Eisenspitzen, Schlagringe und Totschläger, Handgranaten und Revolver. Es ist einfach nicht wahr, daß das Männergeschlecht, das im Feuer des Weltkrieges stand, die Scheu vor dem Leben des Mitmenschen verloren hat, — die Jugend ist es, der nicht bloß der Knüppel und der Revolver bei derartigen Anlässen sehr lose sitzen. Die Zahl der Vergehen, Verbrechen, ja gräßlichsten Taten von Jugendlichen steigt in immer drohenderer Weise. In Oranienburg mordet ein Fünfzehnjähriger, der allerdings über seine Jahre hinaus entwickelt erscheint, in diesen Tagen hemmungslos drei Menschen. Es gelang, ihn in einem Restaurant zu fassen. Allzuviel passieren kann diesem Massenmörder ja nicht, denn die mögliche Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis läßt den Fünfundzwanzigjährigen wieder auf eine Mitmenschen los. Er ist ein Fürsorgezögling. Die Gerichtsverhandlung erst wird ergeben, wie es möglich war, daß dieser Knabe zum entsetzlichen Mörder wurde.

Ein Engländer hat einmal während des Krieges gesagt, die verheerende Wirkung der Hungerblockade werde sich in Deutschland erst dreißig Jahre nach Friedensschluß deutlich an der körperlichen Verkrüppelung des dann herangewachsenen Geschlechts zeigen. Wohl kaum mit Recht; aber die seelische Verkrüppelung der Jugend von heute hat ein erschreckend weites Ausmaß erreicht, beschränkt sich aber durchaus nicht auf die Jugendlichen jener Klassen, die man als die „unteren" bezeichnet. Was die Abwesenheit des Vaters während des Krieges vielfach begann, vollendete die bittere Notwendigkeit des Geldverdienens in den Notzeiten, die hernach kamen und allzuoft das Familienleben geradezu zersprengten. Falsche Propheten traten auf und verkündeten der Jugend das Recht auf Schrankenlosigkeit, verspotteten alle moralischen und sittlichen Hemmungen — die Folgen sind da.

Wir sind stolz, vielleicht allzu stolz auf unsere Jugendpflege; gewiß, sie ist vorbildlich — aber die bange Frage taucht auf, ob wir nicht dabei über dem Körperlichen das Seelische vergessen, vielmehr im Hinblick auf die wachsende Zahl der jugendlichen Straftaten bis zum kaltblütigen Mord hinauf alle Veranlassung haben, darüber nachdenklich zu werden, ob wir es wirklich so herrlich weit gebracht haben, wie wir es uns einbilden. Hart ist die Gegenwart, stets wird sie härter werden, erbitterter der Kampf um das Dasein. Da muß der Jugend gerade die seelische Widerstandsfähigkeit eingeflößt werden. Aber wenn die Sechsjährigen zu Straßendemonstrationen mitgenommen werden, wenn die Sechzehnjährigen nur noch von blutigen Boxkämpfen reden, wenn ein großer Verbrecher als Held hingestellt, wenn unausgesetzt das Interesse angefacht wird für Schandtaten wie die eines Schröder in Magdeburg, der sich als Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Millionen fühlen konnte, dann kann das alles seine Wirkung auf die Jugend nicht verfehlen.

Gräßlich ist die Tat des Fünfzehnjährigen in Oranienburg; wir Älteren müssen uns aber an die Brust schlagen, weil wir in dem Kampf des Tages gegeneinander den furchtbar ernsten Sinn des Wortes vergessen, daß, wer die Jugend hat, auch die Zukunft besitzt. Dieses Wort schließt die Pflicht in sich, uns um diese Zukunft zu sorgen.

•

Die kriminalistische Welle.

In einer Ansprache durch den Rundfunk teilte der Berliner Vizepolizeipräsident Dr. Friedensburg mit, daß im Jahre 1923, dem Höhepunkt der kriminalistischen Welle, in Deutschland fast eine Million Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen die Reichsgesetze verurteilt wurden, gegen kaum 600 000 Personen im Jahre 1912, die dazumal bei einer größeren Bevölkerungszahl abgeurteilt werden mußten. Die Zahl der verurteilten Jugendlichen stieg im gleichen Zeitraum von 55 000 auf 90 000. Die Verhältnisse der Vorkriegszeit können noch längst nicht wieder als erreicht gelten.

Die Mieter beim Volkswohlfahrtsminister

Die Verwendung der Hauszinssteuer.

Wie von dem Bund Deutscher Mietervereine E. V. (Sitz Dresden) mitgeteilt wird, hatten seine Vertreter eine mehrstündige Unterredung mit Minister Hirtsiefer und den Sachreferenten des Volkswohlfahrtsministeriums wegen der Hirtsieferschen Neubauvorschläge unter Erhöhung der Hauszinssteuer um 30 % der Friedensmiete. Die Vertreter der Mieterschaft haben einem erhöhten Wohnungsbau zur Beseitigung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zugestimmt und auf Wege zur Beschaffung der Mittel hingewiesen (Verwendung der gesamten Hauszinssteuer für den Neubau: Erhebung der Hauszinssteuer ohne Zwischengewinne für den Hausbesitz, Wertzuwachssteuer usw.) Diesen Vorschlägen gegenüber verwies der Minister auf die parlamentarische Lage. Die Mietervertreter haben auch gesetzliche Garantien dafür gefordert, daß die Hauszinssteuer der öffentlichen Hand für die Wohnwirtschaft erhalten bleibt und auch künftig nicht dem Hausbesitz als weitere unverdiente Rente zufließt. Sie haben eine ausführliche Denkschrift in Aussicht gestellt.

Im Preußischen Landtag ist zur Frage der Verbilligung des Wohnungsbaues folgende Kleine Anfrage eingebracht worden: „Der Zeitpunkt ist gekommen, wo von den jetzt noch zahlreichen Wohnungsuchenden die Mieten für die zu erbauenden Wohnungen in Anbetracht ihres Einkommens nicht mehr bezahlt werden können. Da die Preise für Baustoffe, Löhne usw. aller Voraussicht nach nicht zu senken sind, muß der Zinssatz für aufzunehmende Hypotheken, außer der Hauszinssteuerhypothek, verringert werden. Dieses kann geschehen, wenn ein Teil des Aufkommens der Hauszinssteuer dazu verwendet wird, die Zinsen, welche von Geldgebern verlangt werden, soweit aus der Hauszinssteuer zu ersetzen, daß der Preis der neu hergestellten Wohnungen nicht wesentlich über die 100 % Vorkriegsmiete kommt. Die Staatsregierung wird gefragt, ob sie bereit ist, das Nötige zu veranlassen.

Regierungserklärung der neuen tschechischen Regierung

Prag, 14. Oktober. In der heutigen Sitzung des Prager Abgeordnetenhauses stellte sich die neue Regierung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Svehla vor. Finanzminister Dr. English erstattete zunächst ein Expose zu dem Budgetentwurf. Hierauf gab der Ministerpräsident die Regierungserklärung ab. Er führte u. a. aus, daß die parlamentarische Arbeit in der Erledigung des Budgetentwurfes der Lösung der Steuerreform, der Wehrmachtfrage und der Baubegünstigung bestehen werde. Eine große Aufgabe sei die Lösung der Wirtschaftskrise. Die neue Regierung bedeute eine erweiterte politische Grundlage des Parlamentarismus in der Tschechoslowakei und sei eine neue bedeutungsvolle Etappe in der Entwicklung des Staates. Während die tschechoslowakische Staatskunst auf die Stabilisierung inner- und außerhalb der Grenzen hinwirke, bleibe sie auch bei der Lösung der eigenen Probleme nicht stehen und die Anteilnahme der Angehörigen aller Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied der Nation, Konfession und sozialen Schichtung an dieser Stabilisierung sei der sichere Ausdruck des ehrlichen Willens zur Arbeit. So schlössen sich die arbeitswilligen Elemente heute zu gemeinsamer Arbeit zur Schaffung eines harmonischen Zusammenlebens in dem durch die Grenzen des tschechoslowakischen Staates und seine hohe historische Sendung in Mitteleuropa gegebenen Rahmen zusammen. Die aus den verschiedenen Volkskulturen entspringenden Differenzen würden zwar nicht verschwinden, aber es müsse gelingen und sei notwendig, diese Differenzen zu mildern. In dieser Richung werde die Regierung neue Wege einschlagen und sie glaube, daß die Demokratie, die die Lösung des sozialen und kulturellen Kampfes erzielte, auch die Lösung des nationalen Zusammenlebens und die nationale Zusammenarbeit ermöglichen werde. In der ganzen Erklärung wurde die Tatsache der Teilnahme von zwei deutschen Ministern an der neuen Regierung mit besonderen Worten nicht erwähnt.

•

Vor dem Parlament.

Prag, 15. Oktober. Das Prager Parlament hatte gestern einen großen Tag. Zum ersten Male seit dem Bestande des Staates sitzen Deutsche in der Ministerbank. Diplomatenlogen und Galerien sind überfüllt. Svehla wird besonders von den deutsch-tschechischen Parteien begrüßt. Bei der Rede des Ministerpräsidenten eilten zahlreiche Abgeordnete zur Ministerbank. Die Deutschnationalen machten dauernd scharfe Zwischenrufe. Zum Schluß der Rede Svehlas erhob sich lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. Die Sitzung wird heute fortgesetzt.

Die Notwendigkeit der Aufhebung der Besatzung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Kreuznach, 14. Oktober Der Minister für die besetzten Gebiete, Dr. Bell, kam auf seiner Rheinlandreise auch nach Kreuznach, wo er vom Regierungspräsidenten Dr. Brandt im Kurhaus empfangen wurde. Dort fand eine Besprechung unter Zuziehung der politischen Parteien, der Gewerkschaften, der Geistlichkeit und der wirtschaftlichen Vertretungen statt, in der Bürgermeister Fischer die durch die Besatzung geschaffene trostlose Lage des Landes und der Stadt Kreuznach darlegte. Die Ausführungen wurden vom Regierungspräsidenten unterstrichen. Der Minister versprach, für Kreuznach eintreten zu wollen. Mit Nachdruck betonte er dabei, daß sich auch in Kreuznach ebenso wie auf seiner Reise in Essen, der Pfalz und Wiesbaden durch alle Besprechungen wie ein roter Faden der berechtigte Wunsch der rheinischen Bevölkerung nach völliger Beseitigung der Besatzung gezogen habe. Erst nach Beseitigung der Besatzung könne eine wirkliche Befriedigung, die doch alle Staaten wollten, eintreten. Die Reichsregierung habe alle Bemühungen auf die Herbeiführung eines sochen Friedens gerichtet. Nach den Verhandlungen in Locarno und nach der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund fehle für die Beibehaltung der Besatzung die Begründung, da in dieser Stunde durch die abgeschlossenen Verträge jede Garantie zur Erfüllung des Friedensvertrages und der Deutschland obliegenden Leistungen und für den Fall der Nichterfüllung Vorkehrungen getroffen seien.

Noch keine Entscheidung über die Stellenbesetzung beim Völkerbund.

Berlin, 14. Oktober. Gegenüber den zahlreichen Meldungen der letzten Zeit über diplomatische Personalien in Verbindung mit dem Völkerbunde wird von zuständiger Stelle erneut darauf hingewiesen, daß es sich hierbei nur um Kombinationen handeln kann, da irgendwelche Bestimmungen diesbezüglich noch nicht eingetroffen sind und auch in der nächsten Zeit nicht zu erwarten sein dürften.

Keine Ausweisung polnischer Arbeiter aus Deutschland.

Berlin, 15. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Die polnische Ostagentur bringt Nachrichten über die angebliche Absicht der deutschen Regierung, 80 000 polnische Arbeiter aus Deutschland auszuweisen. Diese völlig aus der Luft gegriffene Meldung kann nur bezwecken, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen zu stören. Absichten, polnische Arbeiter auszuweisen, bestehen bei den deutschen maßgebenden Stellen nicht. Wie üblich, werden auch in diesem Jahre die polnischen Saisonarbeiter nach beendeter Arbeit in ihre Heimat zurückkehren. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um behördliche Maßnahmen, sondern um die jahrzehntealte spontane Wanderbewegung der Sachsengänger.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 13. Oktober 1926.

Berlin, 14. Oktober. Die auf den Stichtag des 13. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 6. Oktober um 0,5 Prozent auf 128,6 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse auf 131,4 angezogen, während die Industriestoffe auf 123,2 leicht nachgegeben haben.

Französische Finanzkommission in Berlin.

Unter Führung des Ministerialdirektors Alphand ist eine französische Finanzkommission in Berlin eingetroffen,

um die in Thoiry beschlossenen wirtschaftlichen Verhandlungen zu beginnen.

1,6 Milliarden für soziale Zwecke.

Die Tagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Auf der in Nürnberg tagenden Herbstausschußsitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sprach Reichsarbeitsminister Brauns über die Erfolge der während der letzten Jahre in Deutschland betriebenen Sozialpolitik. Der Minister betonte, daß wir vor gewaltigen Umwälzungen in der Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft stehen. Im Jahre 1925 sind nach Angabe Dr. Brauns' 1,6 Milliarden für soziale Zwecke ausgegeben worden, während der Gesamtetat des Reiches 7,1 Milliarden betrug.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF